

Frühkindliche Bildung

## Die 8-Prozent-Rendite

Im Rahmen der staatlichen Familienpolitik kommen Investitionen in familienfreundlichere Infrastrukturen ebenso noch zu kurz wie bessere Betreuungs- und Bildungsangebote für die Jüngsten. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln plädiert daher für ein Maßnahmenpaket zum Ausbau der frühkindlichen Bildung, welches beispielsweise mehr Krippenplätze, mehr Ganztagsgrundschulen sowie gebührenfreie Halbtagsplätze im Kindergarten vorsieht. Alle Vorhaben zusammen kosten zwar zunächst jährlich 7,5 Milliarden Euro, verzinsen sich aber langfristig mit einer Rendite von 8 Prozent.

Die Erträge kommen unter anderem dadurch zustande, dass die verstärkte frühkindliche Förderung mittelfristig die Zahl der Erwerbspersonen ohne Berufsausbildung sinken lässt, die Zahl der Fach- oder Hochschulabsolventen dagegen steigt. Mit diesem höheren Ausbildungsniveau würde die arbeitende Bevölkerung in Deutschland jedes Jahr 27,7 Milliarden Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben an die Staatskasse abführen. Wenn mehr Menschen aufgrund gesteigerter Qualifikation eine Arbeit finden, lassen sich zudem jährlich 4,2 Milliarden Euro an Sozialleistungen einsparen. Außerdem steigert der Ausbau der Betreuungsangebote für die Kleinsten die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern. Dies erhöht die Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben um 4 Milliarden Euro pro Jahr.

**Laura-Christin Diekmann, Axel Plünnecke, Susanne Seyda: Sozialbilanz Familie – Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik, IW-Analysen Nr. 40, Köln 2008, 120 Seiten, 19,90 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: [www.divkoeln.de](http://www.divkoeln.de)**

Gesprächspartner im IW: **Dr. Axel Plünnecke, Telefon: 0221 4981-701**

## Familienpolitik

# Eine lohnende Investition in die Jüngsten

**Der Staat unterstützt Familien finanziell mit mehr als 168 Milliarden Euro im Jahr. Die Hälfte davon gibt er für Schulen und Kindergeld aus. Auch Einkommensverluste der Eltern, die ihre Berufstätigkeit ruhen lassen, um den Nachwuchs zu beaufsichtigen, werden mithilfe dieses Budgets gemildert. Zu kurz kommen allerdings noch die Investitionen in familienfreundlichere Infrastrukturen sowie bessere Betreuungs- und Bildungsangebote für die jüngsten Sprösslinge. Dabei würden sich die Ausgaben für die frühkindliche Bildung durchaus lohnen, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ermittelt hat.\*)**

Wenn aus Paaren Eltern werden, lässt sich Vater Staat nicht lumpen: Er fördert Familien mit milliardenschweren Hilfen und stellt Kitas und Schulen zur Verfügung. Insgesamt betrug die staatliche Förderung für Familien mit minderjährigen Kindern 2006 rund 168 Milliarden Euro. Drei Viertel davon wanderten in den Unterhalt kostenlos zu besuchender Schulen, ins Kindergeld und in die beitragsfreie Mitversicherung des Nachwuchses in der gesetzlichen Krankenversicherung. Diese direkten Transfers summierten sich 2006 auf 127 Milliarden Euro (Grafik Seite 5).

Etwas mehr als 41 Milliarden Euro fließen als indirekte Förderung an die Familien. Diese Ausgaben sollen die wegen der Betreuung der Kinder entgangenen Einkommen von Eltern kompensieren oder Einkommensverluste von vornherein vermeiden. Die indirekten Leistungen umfassen unter anderem das Ehegattensplitting, die kostenlose Mitversicherung der nichterwerbstätigen Ehepartner in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sowie die staatlich finanzierte Kinderbetreuung.

Während der Staat das entgangene Einkommen relativ großzügig alimentiert – im Jahr 2006 standen dafür immerhin 30 Milliarden Euro zur Verfügung –, wurden für die Vermeidung von Einkommensverlusten nur 11 Milliarden Euro aufgewendet.

Die staatliche Förderkulisse soll künftig aber zum einen mehr auf die Bedürfnisse von erwerbswilligen Eltern zugeschnitten werden und zum anderen die frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern. Der Ausbau des Krippenangebots um 300.000 Plätze bis zum Jahr 2013 ist beschlossene Sache, auch die Ganztagschule ist auf dem Vormarsch. Sinnvoll wäre es darüber hinaus, den Besuch von Kindergärten wenigstens halbtags kostenlos zu gewähren und die Erzieherinnen besser zu qualifizieren. An den Grundschulen, die flächendeckend zu Ganztageseinrichtungen ausge-

baut werden sollten, müssten nicht nur mehr Lehrer, sondern auch Schulpsychologen beschäftigt werden für die Kinder, die weiterer Unterstützung bedürfen – beispielsweise in Form von individuellem Unterricht oder Schullaufbahnberatung.

Ein größeres und besseres Angebot an Krippen, Kindergärten und Schulen würde nicht nur den Eltern helfen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, sondern der gesamten Volkswirtschaft nutzen. Denn Investitionen in die Förderung der Kleinen lohnen sich, wie das IW berechnet hat (Grafik Seite 5):

**Die zusätzlichen jährlichen Ausgaben in Höhe von 7,5 Milliarden Euro, die für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung nötig wären, verzinsen sich langfristig mit einer Rendite von 8 Prozent.**

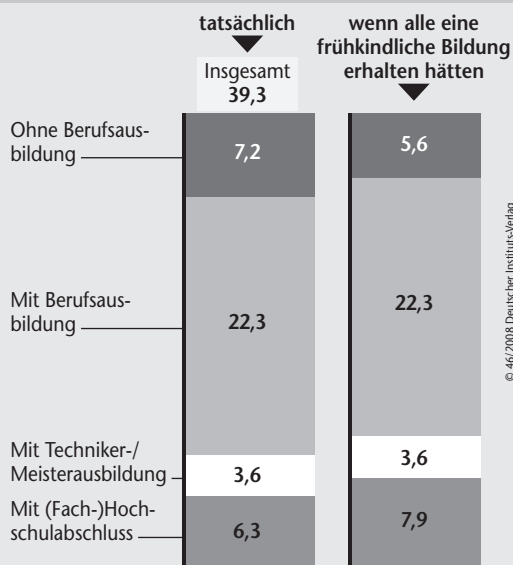
Die Erträge des Maßnahmenpakets kommen für den Staat – zumindest auf lange Sicht – durch folgende Effekte zustande:

**Steigende Erwerbsbeteiligung.** Wenn mehr Kinder in frühkindlichen Bildungseinrichtungen betreut werden, können auch mehr Väter und Mütter arbeiten gehen. Viele Frauen dürften darüber hinaus eher eine volle Erwerbstätigkeit in Betracht ziehen als bislang, weil die heutige Müttergeneration besser qualifiziert ist als es frühere waren. Dies führt zu steigenden Steuereinnahmen und Sozialabgaben in Höhe von 4 Milliarden Euro jährlich.

**Positive Bildungseffekte.** Kinder, die in den Genuss einer frühkindlichen Bildung kommen, lernen leichter und oftmals auch mehr. So sind 15-Jährige, die den Kindergarten länger als ein Jahr besucht haben, ihren Altersgenossen, die nur kurz im Kindergarten waren, etwa ein Schuljahr voraus. Auf lange Sicht sinkt dank frühkindlicher Förderung die Zahl der Erwerbspersonen ohne Berufsausbil-

## Erwerbsbevölkerung: Frühe Bildung lohnt sich

Erwerbspersonen nach Bildungsabschlüssen in Millionen im Jahr 2005



Erwerbspersonen: Erwerbstätige und Arbeitslose; frühkindliche Bildung: Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertagesstätten und Ganztagsgrundschulen; Ursprungsdaten: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

\*) Vgl. Laura-Christin Diekmann, Axel Plünnecke, Susanne Seyda: Sozialbilanz Familie – Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik, IW-Analysen Nr. 40, Köln 2008, 120 Seiten, 19,90 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: [www.divkoeln.de](http://www.divkoeln.de)

derung, die Zahl der Fach- oder Hochschulabsolventen steigt (Grafik Seite 4). Wer über höhere Bildungsabschlüsse verfügt, wird überdies seltener arbeitslos und verdient in der Regel auch mehr.

Hätten alle Erwerbstätigen in Deutschland eine entsprechende Förderung in der Kindertagesstätte und der Ganztagsgrundschule erhalten, wäre die Arbeitslosenquote im Jahr 2005 allein aufgrund der gestiegenen Qualifikation um 0,9 Prozentpunkte niedriger gewesen. Daraus hätten sich Steuer- und Sozialversicherungsmehreinnahmen für den Staat von 2,8 Milliarden Euro ergeben. Weitaus größer ist jedoch der Einkommenseffekt:

**Mit einem höheren Ausbildungsniveau würde die arbeitende Bevölkerung in der Bundesrepublik jedes Jahr 27,7 Milliarden Euro mehr an Abgaben an die Staatskasse abführen.**

**Geringere Arbeitslosenunterstützung.** Wenn mehr Menschen aufgrund gesteigener Qualifikation eine Arbeit finden, muss weniger Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Nach Einführung frühkindlicher Bildung ließen sich daher 4,2 Milliarden Euro Sozialleistungen jährlich einsparen.

**Weniger Nachqualifizierung.** Im Jahr 2007 gab der Staat 3,9 Milliarden

## Familienförderung: Viel Geld auf direktem Weg

So viele Milliarden Euro wendete der Staat 2006 für Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren auf für ...

Direkte Förderung		Indirekte Förderung	
Finanzielle Leistungen für Familien	47,8	um Einkommensverluste der Eltern zu vermeiden	um entstandene Einkommensverluste von Eltern zu kompensieren
darunter:			
Kindergeld und steuerliche Freibeträge	34,5	Kinderbetreuung in Krippen, Kindergärten und Horten	10,4
Sonstige Sozialleistungen und Kinderkomponenten bei der Eigenheimförderung	7,0	Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und Haushalts-hilfen	0,8
Kostenlose Leistungen für Familien	79,2		
darunter:			
Schulen	49,6		
Mitversicherung der Kinder in der GKV	12,3		
Jugendhilfe	7,6		
Sonstige Leistungen der GKV wie Krankengeld bei Erkrankung des Kindes oder Mutter-Kind-Kuren	3,3		
<b>Insgesamt</b>	<b>127,0</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>30,0</b>



Schulen: Unterhalt von Schulen inklusive Lehrergehältern; GRV: gesetzliche Rentenversicherung; GKV: gesetzliche Krankenversicherung; GPV: gesetzliche Pflegeversicherung  
 Ursprungsdaten: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Fraunhofer Institut

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Frühkindliche Bildung: Die Kosten des Ausbaus

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln plädiert für verschiedene Maßnahmen, um die Bildungsinfrastruktur für Klein- und Grundschulkinde zu verbessern. Die jährlichen Kosten dafür betragen in Milliarden Euro:

Ganztagsgrundschulen und Förderinfrastruktur	3,8
Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren	+ 2,3
Gebührenfreie Halbtagsplätze im Kindergarten	+ 1,3
Höherqualifizierung der Erzieherinnen	+ 1,3
Besondere Förderpauschalen	+ 0,4
Abzüglich Effizienzgewinnen bei Horten und anderen Maßnahmen	- 1,6
<b>Insgesamt</b>	<b>= 7,5</b>

© 46/2008 Deutscher Instituts-Verlag

Effizienzgewinne: Durch den Ausbau der Ganztagsgrundschulen können Schulhorte aufgelöst und kann die Zahl der Wiederholer gesenkt werden, und mehr Sonderschüler können Grundschulen besuchen; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Euro für die Förderung der Berufsausbildung, für Beschäftigungsmaßnahmen und Programme zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit aus. Diese Kosten könnten um fast ein Viertel sinken, wenn Kinder frühzeitig mehr Unterstützung beim Lernen erhielten.

Der Ausbau der frühkindlichen Förderung lohnt jedoch nicht nur fiskalisch. Er kommt auch dem Nachwuchs selbst zugute – denn er verringert die Kinderarmut. Von finanziellen Nöten sind in Deutschland vor allem Kinder von Alleinerziehenden betroffen sowie jene Kinder, bei denen kein oder nur ein Elternteil arbeitet. Dies ändert sich mit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit: Ein-Eltern-Familien gelingt es in mehr als 70 Prozent der Fälle, den Armutszustand zu beenden, wenn der Vater oder die Mutter wieder arbeiten geht. In Familien mit beiden Elternteilen kann das Armutsrisiko sogar um 86 Prozent reduziert werden, wenn auch der zweite Elternteil in den Beruf zurückkehrt.

Die Mittel, mit denen die Kinderbetreuung ausgebaut werden könnte, sind im Prinzip im staatlichen Familienbudget vorhanden, wenn auch an anderer Stelle. Momentan fließt das Gros in die Schulen, ins Kindergeld und in steuerliche Freibeträge. Das wird sich ändern, denn die Zahl der Kinder in Deutschland geht zurück. Bereits 2009 sinken die Ausgaben für das Kindergeld und für Freibeträge um 1,9 Milliarden Euro. Im Jahr 2020, wenn nur mehr 13,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren hierzulande leben statt 16,2 Millionen wie noch 2006, spart der Fiskus gar 5,8 Milliarden Euro (vgl. iwD 42/2008). Sinken werden auch die Ausgaben für die Bildungseinrichtungen – wo weniger Schüler sind, werden weniger Schulen und Lehrer gebraucht.

Das eingesparte Geld sollte jedoch nicht aus der Familienförderung abgezogen werden, sondern in den dringend benötigten Ausbau der frühkindlichen Infrastrukturen fließen. Mittelfristig reichen diese Einsparpotenziale aus, um zumindest die vorgeschlagenen Bildungs- und Betreuungsmaßnahmen für Kinder im Vorschulalter zu finanzieren.